

**Schriftwechsel mit Parteien zur Landtagswahl in RLP 2026 in der Reihenfolge der
Antworten der Parteien:**

Freie Wähler:

Mein Anschreiben:

Von: info@drbottke.de <info@drbottke.de>

Gesendet: Samstag, 7. Februar 2026 11:59

An: Gst-FW-Gruppe <geschaeftsstelle@gruppe-fw.landtag.rlp.de>

Cc: 'Verein Deutsche Sprache e. V. - Dr. Holger Klatte - Geschäftsführung'
<holger.klatte@vds-ev.de>

Betreff: Dr. Bottke: Verein Deutsche Sprache - Wahlprüfsteine RLP 2026

Sehr geehrte Herr Dr. Streit,

zur anstehenden Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz schreibe ich Ihnen als zuständiger Regionalvertreter des VDS – Verein Deutsche Sprache e.V. – mit der Bitte, die Fragen der im ersten Anhang zu findenden 5 Wahlprüfsteine zu beantworten. Diese richten sich an die Spitzenkandidaten der aktuell im Landtag mit Abgeordneten vertretenen Parteien, also SPD, CDU, AfD, Grüne, FDP sowie die Freien Wähler. Die Beantwortung der in den Wahlprüfsteinen gestellten Fragen soll den Wählern eine Entscheidungshilfe bei ihrer Wahlentscheidung sein.

Daher werde ich die Bundesgeschäftsstelle des VDS sowie einige Medien über diese Frageaktion einschließlich der eingehenden Antworten aller Angeschriebenen informieren.

Kurzinformation zu meiner Person:

Wohnort: Idar-Oberstein, Am Pfaffenberg 3

Ich engagiere mich seit vielen Jahren ehrenamtlich im weltweit größten deutschen Sprachverein: ‚Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS)‘ und bin im Regionalvorstand für die Region des Mittleren Rheinland-Pfalz mit der Hauptstadt Mainz aktiv. Neben meinem Engagement für den VDS engagiere ich mich seit jeher in vielfacher Weise ehrenamtlich im Bildungsbereich. Auf meiner Internetseite – www.drbottke.de – können Sie mehr über meine Person, meine Ansichten zu mir wichtigen Themenbereichen sowie meinem vielfältigen, ehrenamtlichen Engagement erfahren.

Hinsichtlich der Wahlprüfsteine empfehle ich auf meiner oben genannten Internetseite vor allem Beiträge in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ und dort die Themenfelder **‚Gute Gründe gegen Gendersprache‘** sowie **‚Bildung‘** zur informativen Lektüre. Außerdem lege ich Ihnen noch meinen letzten Beitrag in der Rubrik ‚Beiträge ab Dezember 2025‘ mit der Überschrift **‚Gemeinschaft durch Muttersprache‘** ans Herz. Diesen finden Sie zudem im zweiten mitgeschickten Anhang dieses Schreibens.

Ebenfalls findet man auf der Internetseite des VDS viele weitere interessante Informationen zum Thema ‚Deutsche Sprache‘ sowie über den Verein und seine Aktivitäten.

Bitte schicken Sie die Ihre Antworten bis spätestens zum 06. März 2026 an folgende Anschrift: info@drbottke.de

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans-Dieter Bottke

Antwort Freie Wähler:

Von: Daniel Klingelmeier <daniel.klingelmeier@freiewaehler-rlp.de>

Gesendet: Donnerstag, 12. Februar 2026 12:27

An: info@drbottke.de

Cc: Landesgeschäftsstelle <Landesgeschäftsstelle@freiewaehler-rlp.de>

Betreff: WG: Fwd: Dr. Bottke: Verein Deutsche Sprache - Wahlprüfsteine RLP 2026

Sehr geehrter Herr Dr. Bottke,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Als Generalsekretär der FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz und persönlich als Mitglied des VDS beantworte ich gerne Ihre Fragen:

Die FREIE WÄHLER Bundesvereinigung hat bereits auf einem Bundesparteitag im Jahr 2022 einen Beschluss gefasst, gegen die Gendersprache und für die Einhaltung der vom Rat für Deutsche Rechtschreibung verbindlich festgelegten Regeln.

zu Frage 1:

Wir setzen uns auch in unserem Wahlprogramm dafür ein, dass bei Schuleintritt die erforderlichen Deutschkenntnisse vorhanden sind. Das muss aus unserer Sicht verbindlich vor Schuleintritt erfolgen, weshalb wir uns u.a. für die Wiederaufnahme des Programms „Sprach-Kitas“ als Landesförderprogramm und deren Finanzierung für alle Kitas einsetzen. Ferner sollte aus unserer Sicht kein Kind die Grundschule ohne profunde Deutschkenntnisse verlassen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns in unserem Wahlprogramm für die Einführung von Intensivklassen ein.

zu Frage 2:

In allen öffentlichen Einrichtungen, Institutionen sowie Hochschulen müssen aus unserer Sicht die verbindlichen Regeln des Rates für Deutsche Rechtschreibung eingehalten werden. Wir lehnen im öffentlichen Bereich die Anwendung der Gendersprache eindeutig ab. Ebenfalls ist aus unserer Sicht die Muttersprache Deutsch grundsätzlich im Bereich Forschung und Lehre zu fördern und zu unterstützen. Gleichzeitig ist die Fremdsprachenausbildung und die sichere Anwendung von Fremdsprachen insbesondere im internationalen Forschungsumfeld wichtig und entscheidend.

zu Frage 3:

Wir lehnen die Gendersprache klar ab. Siehe hierzu auch die Ausführungen oben. Ideologie hat in unserer Sprache nichts zu suchen. Verbindliche Regeln betreffend Sprache und Rechtschreibung müssen angewendet werden.

zu Frage 4:

Es sollte selbstverständlich sein, dass die Sprache Deutsch in Deutschland verbindliche gilt. Falls wir die Gelegenheit dazu hätten, würden wir eine Bundesratsinitiative zur Verankerung der Deutschen Sprache im Grundgesetz unterstützen.

zu Frage 5:

Die FREIE WÄHLER setzen sich grundsätzlich für mehr Basisdemokratie und Bürgerbeteiligung ein. In unserem Wahlprogramm fordern wir z.B., die Hürden in RLP betreffend Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu senken.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Klingelmeier
Generalsekretär

FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz

Friedrich-Mohr-Straße 7
56070 Koblenz

Telefon +49 261 5004 0911

Mail: daniel.klingelmeier@freiewaehler-rlp.de

Website: www.fwrlp.de

AfD:

Antworten der AfD Rheinland-Pfalz auf die Wahlprüfsteine des Vereins Deutscher Sprache zu den Landtagswahlen 2026

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:

Ausreichende Deutschkenntnisse beim Schuleintritt stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies beim Schuleintritt auch wirklich gewährleistet ist?

Die AfD Rheinland-Pfalz nimmt hierzu folgende Position ein:

Es ist weder sinnvoll noch das Kindeswohl fördernd, wenn Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen in die Grundschule kommen und dann dort die erste Klasse wiederholen, um Sprachdefizite aufzuholen und Basiskompetenzen für den Schulbesuch zu erlernen. Für die direkt betroffenen Kinder ist eine Überforderung in der ersten Klasse eine zutiefst demütigende Erfahrung, den indirekt betroffenen Kindern wird ein seriöser Unterricht mit entsprechendem Lernfortschritt vorenthalten. Solide Sprachkenntnisse und grundlegende Fähigkeiten müssen vor dem Eintritt in die erste Klasse erworben werden. Es ist nicht die Aufgabe der Schule beziehungsweise der ersten Klasse, Kinder schulfähig zu machen. Wer nicht schulfähig ist, darf auch nicht in die Schule, selbst wenn er schulpflichtig wäre. Ohne eine entsprechende Neuausrichtung und gegebenenfalls Änderungen in Verwaltungsvorschrift und Schulgesetz wird der ursprüngliche Schulgedanke von Lernen und Wissensvermittlung zunehmend in Frage gestellt.

Deshalb: Schulpflichtige Kinder, die in die erste Klasse kommen würden, aber über keine ausreichenden Deutschkenntnisse verfügen, sind nicht schulfähig und müssen daher vom Schulbesuch zurückgestellt werden. Sie sollen ihre Schulreife in einem Schulkindergarten erwerben. Das entspricht dem ursprünglichen Gedanken der Schulkindergärten, wonach dort Kinder, die aus verschiedenen Gründen noch nicht schulfähig sind, für die erste Klasse vorbereitet werden. Leider erfolgte ein Rückbau in den letzten Jahren, obwohl Schulkindergärten heute nötiger denn je sind. Im Sommer 2015 gab es in Rheinland-Pfalz 26 Schulkindergärten. Zum Schuljahr 2017/18 waren es nur noch dreizehn, im Schuljahr 2024/25 waren sieben Schulen Schulkindergärten zugeordnet. Das Konzept der Schulkindergärten gibt es in Rheinland-Pfalz seit den 1960er Jahren, wurde aber nie flächendeckend eingeführt. Offenbar bestehen auch erhebliche Informationsdefizite. Jedenfalls legt ein SWR-Beitrag vom

11. Juni 2025 nahe, dass viele Schulen nicht wüssten, dass jede Schule einen Schulkindergarten bei der Verbandsgemeinde beantragen kann. In diesen Schulkindergärten können schulpflichtige Kinder durch gezielte Sprachförderung ihre Lücken in der deutschen Sprache schließen, bevor sie in die Schule kommen. Ausreichende Deutschkenntnisse aller Schüler sind Grundvoraussetzung für das Gelingen von Unterricht und Lernfortschritt. Deshalb muss das Schulkindergartenwesen mit einem Landesprogramm ausgebaut werden. Der Rückgang der Schulkindergärten muss schnellstens korrigiert werden, weil diese Schulkindergärten eine wertvolle Brücke zwischen Kindergarten und Schule bilden können.

Für Kinder und Jugendliche, die bereits in einem schulpflichtigen Alter ohne ausreichende Deutschkenntnisse nach Deutschland kommen, gilt grundsätzlich Deutsch vor Regelunterricht. Sie werden in getrennten Klassen in der deutschen Sprache fit gemacht und besuchen den Regelunterricht erst, wenn sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

2. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen:

Deutsch ist eine große Kultursprache ersten Ranges und verdient daher in Forschung und Lehre eine entsprechende Würdigung an deutschen Hochschulen: Deutsch sollte als Regelsprache in der Lehre unbedingt erhalten bleiben (mit Ausnahmen in Fremdsprachenstudiengängen) und ebenfalls Forschern bei der Entwicklung neuer Ideen in ihrer Muttersprache als unersetzliches Instrument zur Verfügung stehen sowie von ihnen auch dementsprechend in der täglichen Praxis genutzt werden können. Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Die AfD Rheinland-Pfalz ist davon überzeugt, dass Innovationen und Forschergeist grundsätzlich am besten in der Muttersprache gedeihen. Und: Ausländische Studenten bleiben nach ihrem Studium vor allem dann in Deutschland, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen. Nur wenn ausländische Akademiker in Deutschland arbeiten, entspringt aus der hochschulischen Ausbildung ein Vorteil für Deutschland; Wissenstransfer ins Ausland nach einem teuren vom Steuerzahler finanzierten Studium hat hingegen keine Vorteile für unser Land. Daher sehen wir Deutsch als Sprache der Lehre und Forschung auch als Beitrag, in Deutschland ausgebildete Akademiker in Deutschland zu halten. Wir sind zudem überzeugt, dass es einen Mehrwert hat, wenn Forschung und Lehre in einem guten Deutsch dargeboten werden statt in einem mittelmäßigen Englisch – wie das leider viel zu oft der Fall ist.

Die AfD Rheinland-Pfalz hat den Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag „Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten und stärken“ (19/16053) aus dem Dezember 2019 begrüßt und steht weiterhin inhaltlich zu hundert Prozent dahinter. Entsprechende Informationen zu diesem Antrag sind unter diesem Link abrufbar:

<https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2019/kw51-de-deutsch-wissenschaftssprache-673054>

Unter anderem wird so darüber berichtet:

„Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, in enger Abstimmung mit sprachpflegerischen und wissenschaftssprachpflegerischen Institutionen in Deutschland sowie den Kultusministerien der Länder einen nationalen Aktionsplan zum Erhalt, zur Stärkung und Pflege der Wissenschaftssprache Deutsch, insbesondere in den Geisteswissenschaften, zu entwickeln. Diesen nationalen Aktionsplan solle sie der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern vorstellen, ihn dort diskutieren, gegebenenfalls überarbeiten und erneut vorstellen.“

Als Mitglied der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern solle sich die Bundesregierung zudem dafür einsetzen, diesen nationalen Aktionsplan in der deutschen und internationalen Wissenschaftslandschaft umzusetzen und darüber hinaus Einfluss geltend zu machen, die deutsche Sprache als Wissenschaftssprache zu erhalten, zu stärken und zu pflegen.“

Sollten wir im Rahmen einer Regierungsbeteiligung in Rheinland-Pfalz den Wissenschaftsminister stellen, werden wir unseren Beitrag für einen nationalen Aktionsplan leisten, um Deutsch als Wissenschaftssprache zu stärken.

3. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache:

Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt und führt nicht selten zu einer Verletzung grammatischer Regeln. Zudem entbehrt diese Sprachform einer haltbaren sprachwissenschaftlichen Grundlage. Darüber hinaus lässt sich ein flüssiges Gespräch bei konsequenter Befolgung jener neuen Sprachregeln kaum bis gar nicht führen. Es handelt sich hierbei um ein Elitenprojekt, das den Menschen von oben aufgedrückt wird und nicht von unten aus der Gesellschaft heraus entsteht. Das beweist allein schon die Tatsache, dass so gut wie kein Mensch in seinem Alltagsleben nach diesen Sprachregeln spricht oder schreibt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, im Schulunterricht sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Die AfD Rheinland-Pfalz lehnt die „gendergerechte“ Sprache ab. Sie ist nicht gerecht. Gendersprache ist ungerecht, weil sie zahlreiche Menschen ausschließt. Sie stellt einerseits ein ideologisches Bekenntnis zur Genderideologie dar, so dass sie zwischen Anhängern und Nichtanhängern dieser Ideologie trennt. Andererseits erschwert sie Förderschülern und Menschen mit Migrationshintergrund die volle Teilhabe.

Der Position der AfD Rheinland-Pfalz entspricht vollumfänglich der Plenarantrag der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, der am 22. September 2023 unter dem Titel „Rechtschreibrat erteilt Genderstern Absage – keine ‚geschlechtergerechte Sprache‘ an Schulen, Landesbehörden und in der Landtagsverwaltung“ (Drucksache 18/7557) eingereicht wurde. Der Antrag ist unter diesem Link abrufbar:

<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/7557-18.pdf>

Es heißt in diesem Plenarantrag unter anderem:

„Neben den drohenden Gefahren für die Einheitlichkeit der deutschen Schriftsprache sowie den gravierenden grammatikalischen und sprachästhetischen Folgen ist die sogenannte geschlechtergerechte Sprache nicht zuletzt deshalb zu kritisieren, weil sie keinem organischen, gewissermaßen demokratischen Verständnis von Sprachentwicklung folgt. Denn sie entwickelt sich nicht ‚von unten‘ aus der Alltagssprache heraus, sondern wird trotz Ablehnung durch die große Mehrheit der Bevölkerung vielfach ‚von oben‘ angeordnet.“

In dem Antrag der AfD-Fraktion wurde die Landesregierung aufgefordert, „mit einem Schreiben an die Schulleiter klarzustellen, dass sowohl im Schulunterricht als auch bezüglich der schriftlichen Kommunikation der Schulen nach innen und außen der amtlichen Rechtschreibung Geltung zu verschaffen ist und Sonderzeichen wie Genderstern, Genderdoppelpunkt oder Genderunterstrich sowie das Binnen-I nicht zu verwenden sind; dafür zu sorgen, dass alle Dokumente der Landesbehörden auch in Bezug auf die

Unterscheidung von Geschlechtern ausschließlich in der derzeit gültigen amtlichen Rechtschreibung abgefasst werden“.

Bereits am 13. Januar 2022 hatte die AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz den Antrag „Keine ‚geschlechtergerechte Sprache‘ an Schulen und in der Landtagsverwaltung“ (Drucksache 18/2075) gestellt – abrufbar unter diesem Link:

<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/2075-18.pdf>

Auch dieser Antrag wird inhaltlich von der AfD Rheinland-Pfalz zu hundert Prozent geteilt. Dort wurde die Landesregierung unter anderem dazu aufgefordert, „die entsprechende Verwaltungsvorschrift so zu ergänzen, dass die Verwendung von Sonderzeichen wie Gender-Stern, Gender-Doppelpunkt oder Gender-Unterstrich sowie das Binnen-I als Rechtschreibfehler gewertet werden“.

4. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz:

Unsere deutsche Muttersprache ist von zentraler Bedeutung für jeden Einzelnen von uns, unsere Gesellschaft und damit unser Land. Daher fordert der Verein Deutsche Sprache folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Die AfD Rheinland-Pfalz spricht sich ausdrücklich für die Forderung des Vereins Deutsche Sprache aus, den oben angeführten Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen. Deshalb würde eine AfD-Regierung selbstverständlich einer Grundgesetzänderung im Bundesrat zustimmen. Die AfD Rheinland-Pfalz hat die Gesetzesinitiative der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag aus dem März 2018 begrüßt und steht weiterhin inhaltlich zu hundert Prozent dahinter. Entsprechende Informationen zu dieser Gesetzesinitiative sind unter diesem Link abrufbar:

<https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2018/kw09-de-deutsch-landessprache-544508>

Unter anderem wird so darüber berichtet:

„Die AfD-Fraktion will die **deutsche Sprache als Landessprache** festschreiben lassen und hat dazu einen Gesetzentwurf (19/951) vorgelegt, der am **Freitag, 2. März 2018**, in erster Lesung im Plenum beraten wurde. Der Bundestag überwies die Vorlage zur federführenden Beratung an den Innenausschuss.

Der Gesetzentwurf sieht vor, Deutsch als Landessprache im Grundgesetz festzuschreiben. Künftig solle staatliches Handeln darauf verpflichtet werden, die deutsche Sprache zum Hauptkommunikationsmedium aller Menschen in Deutschland zu machen. Das Sprechen einer gemeinsamen Sprache habe eine gesellschaftsbildende Funktion und fördere den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Festschreibung eröffne außerdem die Möglichkeit, die deutsche Sprache als Trägerin deutschen Kulturgutes stärker zu fördern.“

Diese Forderung wird durch das AfD-Programm für die Bundestagswahl 2025 unterstrichen. Auf Seite 172 steht dort geschrieben:

„Wir fordern, dass die deutsche Sprache im Grundgesetz als Staats- und Amtssprache festgeschrieben und damit ihrer Bedeutung für die Einheit der Deutschen Ausdruck verliehen wird. Anerkannte Minderheitensprachen sollen selbstverständlich weiterhin gleichberechtigt bleiben.“ (Siehe: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf)

5. Wahlprüfstein: Volksbefragung zum Themenbereich ‚Deutsche Sprache‘ durch

die Landesregierung oder den Landtag:

Die vier oben aufgeführten Wahlprüfsteine böten eine gute thematische Anregung für eine solche Befragung, weil die dort angesprochenen Punkte auf großes Interesse in der Bevölkerung stoßen würden. Unterhalb einer rechtlich verbindlichen Volksabstimmung könnte man eine rechtlich unverbindliche Volksbefragung durchführen. Dabei biete ich ganz persönlich meine Mitarbeit als vielfach ehrenamtlich engagierter Bürger an. Wird Ihre Partei nach der Wahl eine Volksbefragung zu diesem Themenbereich im Landtag oder gegebenenfalls in der Landesregierung unterstützen und dabei im gesamten Prozess konstruktiv mitwirken? Und wenn ja, in welcher Form?

Die AfD Rheinland-Pfalz spricht sich für direkte Demokratie aus wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. Diese möchten wir unter anderem durch niedrigere Unterschriftenquoten und längere Zeiträume, um die Unterschriften zu sammeln, erleichtern. Direkte Demokratie ergänzt die parlamentarische Demokratie. Wir sind der Meinung, dass Volksinitiativen und Volksbegehren aus der Mitte des Volkes stammen sollen, aber nicht durch die Regierung politisch, personell oder finanziell gefördert werden sollte. Damit würde die Landesregierung eine Position einnehmen, die sie sich bislang durch die Förderung von regierungsnahen Organisationen (NGOs) verschafft. Bereits die NGO-Förderung lehnen wir ab, erst recht lehnen wir es ab, wenn eine Regierung mit ihrem großen Personalapparat und dem Zugriff auf Millionen Euro Steuergeld direkten Einfluss auf die Meinungsbildung der Bürger nimmt.

SPD:

Von: LV.Rheinland-Pfalz <LV.Rheinland-Pfalz@spd.de>

Gesendet: Dienstag, 3. März 2026 13:36

An: info@drbottke.de

Betreff: Verein Deutsche Sprache e.V. Wahlprüfsteine; Ihre E-Mail vom 2. Februar 2026

Sehr geehrter Herr Dr. Bottke,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine vom 2. Februar an unseren Spitzenkandidaten Alexander Schweitzer, Mdl.

Das Abgeordnetenbüro von Herrn Schweitzer hatte Ihre Anfrage zuständigkeitshalber an uns weitergeleitet.

Im Auftrag von Frau Landesvorsitzenden Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL übersende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen.

Die Verzögerung der Übersendung der Antworten bitten wir zu Entschuldigen.

Unsere Antworten finden Sie am Ende dieser E-Mail.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Nick Schmidt

Sachbearbeiter im Büro des Landesvorstandes

SPD Landesverband Rheinland-Pfalz

Romano-Guardini-Platz 1

55166 Mainz, Tel: +49(0)6131 27061-33, Fax: +49(0)6131 27061-27

E-Mail: nick.schmidt@spd.de Internet: www.spd-rlp.de

Kontakt zur Mitgliederverwaltung:

Telefon: 06131/27061-35 E-Mail: ServiceCenter.RLP@spd.de

Antworten der SPD auf die Wahlprüfsteine:

Deutschkenntnisse beim Schuleintritt

Ausreichende Deutschkenntnisse sind eine zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg. Für die SPD Rheinland-Pfalz gilt: Sprache ist der Schlüssel zur Welt und Grundlage für Bildungsgerechtigkeit. Deshalb setzen wir bereits deutlich vor dem Schuleintritt an. Wir bauen die alltagsintegrierte Sprachbildung in unseren Kitas systematisch aus. Aus derzeit 350 geförderten Sprach-Kitas wird ein Netzwerk von 1.000 Einrichtungen, in denen Sprachförderung verbindlich und qualitätsgesichert verankert ist. Zudem findet die verbindliche Schulanmeldung bereits im Alter von 4,5 Jahren statt. Dabei wird der Sprachstand erhoben, um bei Bedarf frühzeitig und gezielt fördern zu können. Unser Ansatz ist präventiv, wissenschaftlich fundiert und auf individuelle Förderung ausgerichtet. Ziel ist, allen Kindern, unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund, die sprachlichen Grundlagen zu vermitteln, die sie für einen erfolgreichen Start in der Grundschule benötigen. Dabei setzen wir auf enge Zusammenarbeit zwischen Kitas, Grundschulen und Eltern.

Deutsch in Forschung und Lehre an Hochschulen

Die SPD Rheinland-Pfalz steht für starke Hochschulen, die sowohl regional verankert als auch international wettbewerbsfähig sind. Deutsch ist als Wissenschafts- und Kultursprache ein selbstverständlicher Bestandteil von Forschung und Lehre in unserem Land. Zugleich sind unsere Hochschulen in internationale Wissenschaftsnetzwerke eingebunden. Internationale Kooperation, englischsprachige Studienangebote und globale Forschungszusammenhänge sind heute integraler Bestandteil moderner Wissenschaft. Wir respektieren die Wissenschaftsfreiheit und die Autonomie der Hochschulen bei der Ausgestaltung ihrer Studiengänge und Forschungsprofile. Eine politische Festlegung auf eine ausschließliche Regelsprache in der Lehre lehnen wir vor diesem Hintergrund ab.

Gendergerechte Sprache

Die SPD Rheinland-Pfalz setzt sich für Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ein. Sprache entwickelt sich im gesellschaftlichen Diskurs und ist Ausdruck gesellschaftlicher Wirklichkeit. Wir befürworten eine respektvolle und inklusive Sprache, insbesondere dort, wo staatliche Institutionen mit Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren. Ziel ist Verständlichkeit, Rechtssicherheit und Wertschätzung gleichermaßen zu gewährleisten. Eine gesetzliche Verpflichtung zu einer bestimmten Sprachform lehnen wir ab. Ebenso sehen wir keinen Anlass für Sprachverbote. Für die öffentliche Verwaltung stehen Klarheit, Bürgernähe und Verständlichkeit im Vordergrund. Innerhalb dieses Rahmens können geschlechtergerechte Formulierungen eingesetzt werden. In unserer politischen Kommunikation achten wir auf eine Sprache, die Gleichstellung sichtbar macht und zugleich verständlich bleibt. Im privaten Bereich ist Sprachgebrauch Ausdruck persönlicher Freiheit.

Deutsch ins Grundgesetz

Deutsch ist unbestritten die gemeinsame Sprache in Deutschland und verbindendes Element unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die SPD Rheinland-Pfalz sieht jedoch keine Notwendigkeit, die deutsche Sprache ausdrücklich im Grundgesetz zu verankern. Die Stellung des Deutschen als Amtssprache ist einfachgesetzlich geregelt und in der Praxis eindeutig gesichert. Zudem steht für uns im Mittelpunkt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt vor allem durch gute Bildung, Integration und Teilhabe gestärkt wird. Sprachförderung, insbesondere für Kinder und Zugewanderte, ist hierfür der entscheidende Hebel.

Volksbefragung zum Themenbereich „Deutsche Sprache“

Volksbefragungen können ein Instrument politischer Meinungsbildung sein. Gleichwohl ist ihr Einsatz sorgfältig abzuwägen, insbesondere hinsichtlich Zuständigkeiten, Rechtsfolgen und politischer Prioritäten. Die von Ihnen genannten Themen sind immer wieder Gegenstände parlamentarischer Beratungen und demokratischer Entscheidungsprozesse. Die SPD

Rheinland-Pfalz sieht aktuell keinen spezifischen Anlass für eine gesonderte Volksbefragung zum Themenkomplex „Deutsche Sprache“. Politische Entscheidungen treffen wir auf Grundlage unseres Regierungsprogramms, demokratisch-parlamentarischer Verfahren und im kontinuierlichen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern sowie gesellschaftlichen Gruppen.

CDU:

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Vereins Deutsche Sprache e.V. (VDS) zur Landtagswahl 2026

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Schuleintritt stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies beim Schuleintritt auch wirklich gewährleistet ist?

Antwort CDU:

Für uns als CDU Rheinland-Pfalz ist klar: Sprache ist der Schlüssel zu Bildung, Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Kinder beim Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Unser Ansatz besteht aus mehreren, gut verzahnten Maßnahmen: Ein verbindliches letztes Kita-Jahr sorgt für einen erfolgreichen Start in die Grundschule. Verbunden mit einer frühzeitigen, verpflichtenden Sprachstandserhebung im Alter von viereinhalb Jahren und gezielter Förderung durch qualifiziertes Personal, alltagsintegrierte Sprachprogramme und unter Einbindung der Eltern bereiten wir jedes Kind auf die Grundschule vor – denn gute Deutschkenntnisse sind die Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Schulstart. Unser Ziel: Kein Kind startet ohne entsprechende Sprachkompetenzen in die Schule. Mit unserer Grundschul-Garantie stellen wir Zeit und Struktur bereit, damit Kinder ihre sprachlichen Kompetenzen kontinuierlich ausbauen können. Innerhalb des verlässlichen Unterrichtsrahmens von 8 bis 14 Uhr steht das konsequente Üben und Vertiefen der Grundkompetenzen im Mittelpunkt – dazu gehören insbesondere Lesen und Schreiben als Basis für sichere Deutschkenntnisse. Durch gemeinsames Lernen und Förderung in der Schule sorgen wir dafür, dass Sprachentwicklung nicht vom Elternhaus abhängt, sondern in der Grundschule systematisch gelingt. Auch in weiterführenden Schulen ist die Sprachkompetenz Voraussetzung für Schulerfolg. Deshalb werden wir Intensivklassen einführen. In altersgemischten Deutsch-Klassen erhalten Kinder und Jugendliche ohne ausreichende Deutschkenntnisse eine intensive Sprachvermittlung. Erst mit ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache erfolgt dann die Regeleinschulung.

2. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Deutsch ist eine große Kultursprache ersten Ranges und verdient daher in Forschung und Lehre eine entsprechende Würdigung an deutschen Hochschulen: Deutsch sollte als Regelsprache in der Lehre unbedingt erhalten bleiben (mit Ausnahmen in Fremdsprachenstudiengängen) und ebenfalls Forschern bei der Entwicklung neuer Ideen in ihrer Muttersprache als unersetzliches Instrument zur Verfügung stehen sowie von ihnen auch dementsprechend in der täglichen Praxis genutzt werden können. Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Antwort CDU:

Als CDU Rheinland-Pfalz stehen wir dafür ein, dass Deutsch als Regelsprache an unseren Hochschulen verlässlich gesichert bleibt. Deutsch ist eine Kultur- und Wissenschaftssprache mit großer Tradition und lebendiger Gegenwart und trägt als gemeinsame Sprache wesentlich dazu bei, Wissen und Bildung zu vermitteln. Deshalb bleibt sie für uns eine feste Grundlage

im Hochschulbereich. Zudem ist die deutsche Sprache eine zentrale Basis für Teilhabe im Alltag. Sie ist entscheidend dafür, dass internationale Studierende hier gut ankommen und langfristig als Fachkräfte in Rheinland-Pfalz bleiben. Gleichzeitig gilt für uns: Hochschulen in Rheinland-Pfalz müssen international anschluss- und wettbewerbsfähig sein. Wir stehen deshalb für einen pragmatischen Zweiklang: Deutsch in der Breite der Lehre und internationale Formate – bspw. in englischer Sprache – dort, wo sie einen erkennbaren Mehrwert für Qualität, Profilbildung und Kooperationen bieten. Konkret bedeutet das für uns:

- Mehr und passgenauere Deutschlernangebote für internationale Studierende bereitstellen
- Keine pauschalen Vorgaben zur Sprache, sondern Entscheidungen der Hochschulen entlang von Fachkultur, Zielgruppen und Qualitätskriterien
- Internationalisierung gezielt stärken durch den Ausbau von Kooperationen, Austausch und internationalen Studienangeboten dort, wo sie Forschung, Partnerschaften sowie die Gewinnung von Talenten unterstützen

Deutsch ist und bleibt die Regelsprache. Gleichzeitig sehen wir Internationalisierung als Chance für Austausch, Kooperationen und zu mehr Innovation und Wachstum.

3. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt und führt nicht selten zu einer Verletzung grammatischer Regeln. Zudem entbehrt diese Sprachform einer haltbaren sprachwissenschaftlichen Grundlage. Darüber hinaus lässt sich ein flüssiges Gespräch bei konsequenter Befolgung jener neuen Sprachregeln kaum bis gar nicht führen. Es handelt sich hierbei um ein Elitenprojekt, das den Menschen von oben aufgedrückt wird und nicht von unten aus der Gesellschaft heraus entsteht. Das beweist allein schon die Tatsache, dass so gut wie kein Mensch in seinem Alltags-leben nach diesen Sprachregeln spricht oder schreibt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, im Schulunterricht sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Antwort CDU:

Damit Kommunikation verlässlich bleibt, setzen wir auf eine einheitliche und verbindliche Sprache in Schule, Verwaltung und im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern. Maßstab dafür ist das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung. Wir respektieren unterschiedliche Lebensentwürfe und berücksichtigen gesellschaftliche Entwicklungen. Davon zu trennen ist die Frage der Rechtschreibung: Sie ist kein Feld für politische Symboldebatten oder Experimente. Das betrifft insbesondere Sonderzeichen wie Genderstern, Doppelpunkt oder Unterstrich. Solche Zeichen gehören nicht zur amtlichen Orthografie und sollen daher nicht als „korrekt“ gelten, weder im Schulunterricht noch in der Verwaltungspraxis. Gerade in der Schule sind klare und verbindliche Regeln entscheidend: Sie geben Orientierung, erleichtern das Lernen und stärken die Schreib- und Sprachkompetenz. Und auch die Verwaltung braucht klare und einheitliche Standards, nicht zuletzt bei der Sprache. Eine Benachteiligung in Prüfungen aufgrund der Nichtverwendung von Sonderzeichen wie Genderstern, Doppelpunkt oder Unterstrich darf es nicht geben. Bewertungsmaßstab bleibt das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung.

4. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Unsere deutsche Muttersprache ist von zentraler Bedeutung für jeden Einzelnen von uns, unsere Gesellschaft und damit unser Land. Daher fordert der Verein Deutsche Sprache folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Antwort CDU:

Die CDU Rheinland-Pfalz befürwortet die Verankerung der deutschen Sprache als Amtssprache der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz. Sie steht klar hinter den Parteitagebeschlüssen der CDU von 2008, die eine Formulierung wie „Die deutsche Sprache ist die Amtssprache der Bundesrepublik Deutschland“ fordern – als zentrale Säule für Identität, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich aktiv für eine Förderung der deutschen Sprache ein – etwa durch die beschriebenen Maßnahmen im Bildungsbereich oder entsprechende Einbürgerungsstandards. So sichert Deutsch als Grundpfeiler erfolgreiche Integration und bewahrt unsere kulturelle Einheit.

5. Wahlprüfstein: Volksbefragung zum Themenbereich ‚Deutsche Sprache‘ durch die Landesregierung oder den Landtag: Die vier oben aufgeführten Wahlprüfsteine böten eine gute thematische Anregung für eine solche Befragung, weil die dort angesprochenen Punkte auf großes Interesse in der Bevölkerung stoßen würden. Unterhalb einer rechtlich verbindlichen Volksabstimmung könnte man eine rechtlich unverbindliche Volksbefragung durchführen. Dabei biete ich ganz persönlich meine Mitarbeit als vielfach ehrenamtlich engagierter Bürger an. Wird Ihre Partei nach der Wahl eine Volksbefragung zu diesem Themenbereich im Landtag oder gegebenenfalls in der Landesregierung unterstützen und dabei im gesamten Prozess konstruktiv mitwirken? Und wenn ja, in welcher Form?

Antwort CDU:

Die CDU Rheinland-Pfalz bekräftigt ihre grundsätzliche Unterstützung für die deutsche Sprache als zentrales Kulturgut, das Identität, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Die genannten Themen wie Gendern oder die Verankerung der deutschen Sprache als Amtssprache im Grundgesetz sind uns daher besonders wichtig. Maßnahmen hierzu müssen verhältnismäßig und gut abgewogen sein – vor allem geht es darum, den Wählerwillen klar zum Ausdruck zu bringen.

Grüne:

Wahlprüfsteine Verein Deutsche Sprache zur Landtagswahl 2026

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutsch-kenntnisse beim Schuleintritt stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies beim Schuleintritt auch wirklich gewährleistet ist?

Antwort Grüne:

Das Land investiert intensiv in die Sprachförderung an Kitas und Schulen - in diesem Jahr rund 90 Millionen Euro, davon 24 Millionen Euro in die Kitas. Die alltagsintegrierte Sprachförderung in den Kitas sowie die Mischung aus Deutschintensivkursen und Teilnahme am Regelunterricht in den Schulen sind erfolgreiche Instrumente der Sprachförderung. Eine möglichst starke Integration in den Unterricht hat sich gerade für Kinder ohne Deutschkenntnisse als besonders vorteilhaft erwiesen. Eine dauerhafte Trennung von Schülerinnen und Schülern, wie sie die CDU fordert, lehnen wir deshalb ab. Stattdessen wollen wir mit einer modernen, datengestützten Förderung dafür sorgen, dass jedes Kind bei seinem persönlichen sprachlichen Entwicklungsstand abgeholt wird. Auch vom gezielten Ausbau der Ganztagschulen sowie den umfangreichen Betreuungsangeboten in den Ferien profitieren Schülerinnen und Schüler mit geringeren Deutschkenntnissen nachweislich besonders. Doch auch wir sind der Meinung, dass Sprachförderung möglichst frühzeitig beginnen sollte. Mit der Beitragsfreiheit in Kitas wirken wir darauf hin, dass möglichst alle Kinder von dieser frühen Förderung profitieren. Die Beitragsfreiheit wollen wir GRÜNEN deshalb auf die unter Zweijährigen und damit auf alle Kinder ausweiten. Die

Sozialraumbudgets in Kommunen, die für Sprachförderung an Kitas genutzt werden können, wollen wir verstetigen. Für einen guten Start in die Schule setzen wir uns für eine verbindliche Sprachstandserhebung aller Kinder im Vorschulalter ein. Darüber hinaus muss der Fokus aktuell auf der Personalgewinnung liegen. Gerade in vielen Kitas ist die Lage angespannt. Wir wollen mehr Personal in den Kitas, und wir wollen Erzieherinnen und Erzieher entlasten, damit sie sich auf die Förderung der Kinder konzentrieren können. An den Schulen gilt es, einen qualitativ hochwertigen Ganztags zu organisieren. Eine Bezahlung aller Lehrkräfte an Grundschulen nach Landestarif A13 kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Für eine gezielte Förderung wollen wir als Land außerdem an jeder Schule mindestens eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit finanzieren.

2. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Deutsch ist eine große Kultursprache ersten Ranges und verdient daher in Forschung und Lehre eine entsprechende Würdigung an deutschen Hochschulen: Deutsch sollte als Regelsprache in der Lehre unbedingt erhalten bleiben (mit Ausnahmen in Fremdsprachenstudiengängen) und ebenfalls Forschern bei der Entwicklung neuer Ideen in ihrer Muttersprache als unersetzliches Instrument zur Verfügung stehen sowie von ihnen auch dementsprechend in der täglichen Praxis genutzt werden können. Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Antwort Grüne:

Die Entscheidung für eine bestimmte Unterrichts- und Forschungssprache an Hochschulen kann viele unterschiedliche Gründe haben. Sie kann strategisch motiviert sein, etwa mit Blick auf die Internationalisierung. Ebenso können persönliche Aspekte eine Rolle spielen – beispielsweise individuelle Präferenzen oder die jeweilige Muttersprache der Lehrenden. Hinzu kommen ganz praktische Erwägungen: In zahlreichen Forschungsbereichen ist Englisch seit vielen Jahren Standard, weil der internationale Austausch und die Verarbeitung von Forschungsergebnissen aus aller Welt zentral sind. All dies sind legitime Gründe, sich für oder gegen den Einsatz der deutschen Sprache in Forschung und Lehre zu entscheiden. Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes garantiert die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. In diesem Sinne werden wir GRÜNE den Hochschulen sowie den Forschenden und Lehrenden auch weiterhin die Freiheit lassen, die aus ihrer Sicht bevorzugte, strategisch sinnvollste oder fachlich pragmatischste Sprache für Forschung und Lehre zu wählen.

3. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt und führt nicht selten zu einer Verletzung grammatischer Regeln. Zudem entbehrt diese Sprachform einer haltbaren sprachwissenschaftlichen Grundlage. Darüber hinaus lässt sich ein flüssiges Gespräch bei konsequenter Befolgung jener neuen Sprachregeln kaum bis gar nicht führen. Es handelt sich hierbei um ein Elitenprojekt, das den Menschen von oben aufgedrückt wird und nicht von unten aus der Gesellschaft heraus entsteht. Das beweist allein schon die Tatsache, dass so gut wie kein Mensch in seinem Alltagsleben nach diesen Sprachregeln spricht oder schreibt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, im Schulunterricht sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Antwort Grüne:

Geschlechtergerechtigkeit ist Teil unserer GRÜNEN DNA und das bringen viele von uns auch sprachlich zum Ausdruck. Geschlechtergerecht formulieren bedeutet, alle Geschlechter in der Sprache sichtbar und hörbar zu machen und sie nicht durch „Verschweigen“ auszugrenzen. Seit 2018 gibt es in Deutschland die sogenannte „Dritte Option“ und damit die Anerkennung,

dass es auch Geschlechtsidentitäten jenseits der Geschlechterbinarität gibt. Diese Realität wollen wir als GRÜNE auch sprachlich abbilden. Dementsprechend freuen wir uns, wenn möglichst viele Menschen privat oder beruflich – auch in den Verwaltungen – sprachlich niemanden ausgrenzen. Aus unserer Sicht ist Sprache lebendig und individuell und wird auch so genutzt. Das wiederum bedeutet, dass wir niemandem sprachliche Vorgaben machen, und dennoch würden wir es begrüßen, wenn viele unserem Beispiel folgen.

4. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Unsere deutsche Muttersprache ist von zentraler Bedeutung für jeden Einzelnen von uns, unsere Gesellschaft und damit unser Land. Daher fordert der Verein Deutsche Sprache folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Antwort Grüne:

Diese Forderung lehnen wir ab. Welche Landessprache in welchen Lebenssituationen die Menschen in Deutschland sprechen, lässt sich nicht gesetzgeberisch regulieren.

5. Wahlprüfstein: Volksbefragung zum Themenbereich ‚Deutsche Sprache‘ durch die Landesregierung oder den Landtag: Die vier oben aufgeführten Wahlprüfsteine böten eine gute thematische Anregung für eine solche Befragung, weil die dort angesprochenen Punkte auf großes Interesse in der Bevölkerung stoßen würden. Unterhalb einer rechtlich verbindlichen Volksabstimmung könnte man eine rechtlich unverbindliche Volksbefragung durchführen. Dabei biete ich ganz persönlich meine Mitarbeit als vielfach ehrenamtlich engagierter Bürger an. Wird Ihre Partei nach der Wahl eine Volksbefragung zu diesem Themenbereich im Landtag oder gegebenenfalls in der Landesregierung unterstützen und dabei im gesamten Prozess konstruktiv mitwirken? Und wenn ja, in welcher Form?

Antwort Grüne:

Nein. Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, im rheinland-pfälzischen Landtag, über Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie über die Medien eine Debatte über die Zukunft der deutschen Sprache anzustoßen.